

Schuhmacher-Fachblatt

Organ der deutschen Schuhmacher

Erscheint jeden Sonntag. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1.10 M., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Gotha Kreuzbandungen innerhalb Deutschlands und nach Westreich sofern 4 Exemplare à 1 M., 30 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare à 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren à 1 M., 10 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Zeitungs-Preisliste unter Nr. 6840. — **Insetrate** werden mit 25 Pf. die dreigehäpfte Bettzeitl. oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 $\frac{1}{3}$ Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Dr. 16

Gotha, 20. April

1902

Von den Gewerkschaften in der Krise.

Jede Zeit stellt ihre besonderen Aufgaben und wer in dem Wechsel der Verhältnisse sich immer nur nach einer Schablone richten wollte, würde bald von dem Gang der Dinge überholt werden. Das gilt auch von der Arbeiterbewegung und insbesondere von der Gewerkschaftsbewegung. Sie kann ihre Aufgaben nicht willkürlich bestimmen, ihre Tätigkeit nicht nach einer Schablone einrichten, sondern sie muss sich der jeweiligen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen.

So hat die Gewerkschaftsbewegung in der guten Zeit andere Aufgaben zu erfüllen als in der schlechten Zeit und umgekehrt. In der guten Zeit gilt es, Lohn erhöhungen zu erringen, Verkürzungen der Arbeitszeit in der Richtung des Neuen und Achtfundertstages herbeizuführen, alle abrigen Arbeitsverhältnisse zu Gunsten der Arbeiter zu verbessern, eifrig Agitation zur Aufklärung der unorganisierten und zur Aneiferung der organisierten Arbeiter zu betreiben, die Organisation zu stärken durch Gründung neuer Sektionen, um den Wirkungskreis immer mehr zu erweitern und durch unablässige Gewinnung neuer Mitglieder. Die gute Zeit muss uns ja auf allen Gebieten vorwärts bringen, sie muss den allgemeinen sozialen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Fortschritt fördern, die Arbeiterklasse in ihrer ganzen Lage heben und ihren Anteil an der allgemeinen Kultur erhöhen.

In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges gilt es vor allem, dass in der vorangegangenen Prosperitätsperiode Ertrogene zu behaupten, in der erkämpften Position zu verbleiben und sich nicht mehr daraus verdrängen zu lassen. Da gelten so recht die Worte Göthe's:

Das ist der Brüder letzter Schluss:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der taglich sie erdenkt muss.

Das in der guten Zeit Errungene sollte man unter allen Umständen festzuhalten suchen, als eine Grundlage, auf der bei Wiedereintritt besserer Zeiten weitergebaut, weiter Fortschritt gemacht werden kann. Lässt man sich dies aber rauben, lässt man sich von der eroberten höheren Stufe auf eine niedrigere hinabstürzen, so muss man bei der Wiederkehr einer günstigen Konjunktur zunächst um die Rückeroberung dessen kämpfen, was man bereits besessen hatte, sich aber wieder hat entreißen lassen. Solche Kämpfe aber gleichen den unfruchtbaren und verzweiflungsvollen Arbeit des Sisyphos, der immer wieder den den Berg herabrollenden Stein hinaufwält, ihn aber nie auf den Berg hinaufbringt.

In der Krise gilt es auch vor allem, den Rückgang und die Schwächung der Organisation zu verhindern. In zahlreichen Fällen, in denen Unternehmungen bankrott zusammenbrechen, Betriebe eingestellt werden oder die Arbeitszahl reduziert wird, lässt sich die gänzliche Auflösung der lokalen Organisation oder deren Schwächung durch Verminderung der Mitgliederzahl nicht aufhalten. Da gilt es nun, durch vermehrte Agitation neue lokale Organisationen zu gründen und die Mitgliederzahl der bestehenden Sektionen an Orten, wo noch unorganisierte Kollegen sind, zu erhöhen. Auch in der Krise muss die Weiterentwicklung, die Stärkung und Befestigung der Organisation unablässig betrieben werden, in sie doch die einzige Schranke gegen die Verfolgung und ungünstige der Unternehmer, die denn auch in der That schon oft genug an derselben scheiterten.

In seiner lehnschriftlichen Schrift über die Handelskrise und die Gewerkschaften bezeichnet Barbus als die erste und wichtigste Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Stärkung der Organisationen. Wenn das Kapital durch den Aufschwung mehr gestärkt wurde als die Arbeiterklasse, so vergessen wir doch auch nicht, dass es auch aus der Handelskrise nicht geschwächt, sondern gestärkt herauskommt. Auf Kosten der verdrückten Aktiengesellschaften und anderer Unternehmungen erweitern sich die bereits bestehenden kapitalistischen Kolosse. Die Bankrotte ruinierten einzelne Kapitalisten und befestigen die Macht der Kapitalistenklasse. Kurz, die Handelskrise führt zu einer gewaltigen Konzentration des Kapitals. Wenn nun indessen die Arbeiterorganisationen auch nur auf dem gleichen Standpunkt bleiben, so verschließt sich offenbar die Situation zu Ungunsten der Arbeiter. Ein Kassenbestand, der noch vor kurzem einer Gewerkschaft einen bedeutenden Rückhalt sicherte,

erscheint ungünstig angesichts eines Unternehmertums dessen Zahl sich verringerte, während sein Kapitalbesitz gewaltig gewachsen ist. Die Organisationen müssen wachsen; je mehr sich die Zahl der Kapitalistenklasse verringert, desto grösser Arbeitermassen müssen vereinigt werden, um ihren Willen zu brechen. Wenn die Arbeiter zur Zeit der Handelskrise ihre Gewerkschaften vernachlässigen, so werden sie nach der Krise viel Zeit darauf verwenden müssen, um erst den in den Organisationen eingerissenen Schaden gutzumachen, während die Unternehmer von Anfang an mit geheimer Macht die Gunst der Situation sich zu nutzen machen werden."

Und je mehr das Kapital sich konzentriert, desto leichter wird die Arbeit der Kartelle und sonstiger Unternehmerverbündungen. Auf Seite der Arbeiter ist nur die Organisation — auf Seite der Kapitalistenklasse ist die Organisation selbst nur der Anfang einer Entwicklung, die von innen heraus das Kapital zu immer grösseren Massen zusammenschweift. Auf Seite der Arbeiter ist ihre sich mehrende Zahl — auf Seite der Kapitalistenklasse ist nicht nur der sich viel schneller mehrende Reichum, sondern die Vereinigung des Reichums in den Händen einer immer geringeren Zahl von Kapitalmagnaten und die Vereinigung dieser zu einem immer engeren Verband. Wenn nun die Arbeiter nicht für die Erweiterung ihrer Organisation Sorge tragen oder sogar es geschehen lassen, dass die Organisationen Abrücke erleiden, wie können sie hoffen, einem Gegner gegenüberzutreten, dessen Macht und Organisation unauslöschlich sich mehrt?

Freilich ist die Krise eine schwere Zeit für die Gewerkschaften. Die Löhne sinken und der Arbeiter sucht an allem zu sparen, leidet auch an seinem Beitrag für die Gewerkschaft. Noch schlimmer wirkt die steigende Arbeitslosigkeit: sie legt den Arbeiter außer Verdienst, macht ihn tatsächlich unmöglich, seinen Mitgliedsbeitrag zu leisten, er braucht selbst Unterstützung. Zugleich jagt die Arbeitslosigkeit die Arbeiter auf die Arbeitssuche und steigen infolgedessen die Ausgaben der Gewerkschaften für Reiseunterstützung. Es ist also Thatsache, dass gerade während der Krise an die Gewerkschaften die größten Ansforderungen gestellt werden. Umso mehr ist es aber Pflicht jener Arbeiter, welche von der Krise weniger hart betroffen werden, für die Füllung der Gewerkschaftskassen Sorge zu tragen. Man vergegne nicht, dass die Erfolge, welche die Gewerkschaften erringen, die Zugehörigkeiten, welche sie den Unternehmern abwinnen, nicht nur ihnen selbst, sondern der gesamten, auch unorganisierten Arbeiterschaft der betreffenden Berufe zugute kommen, das aber auch die Schwächung der Gewerkschaften eine Vergrösserung der materiellen Lage der gesamten Arbeiterschaft zur Folge haben muss. Wenn die Kassen der Gewerkschaften sich erschöpfen und sie nicht mehr imstande sind, den Druck der Arbeitslosigkeit durch Reiseunterstützung und direkte Unterstützung der Arbeitslosen zu erleichtern, so wird bald die gesamte Arbeiterschaft die Folgen davon in Gestalt von Lohnreduktionen und Entlassungen zu verspielen haben.

Man soll sich selbstverständlich auch während der Krise von den Unternehmern nicht alles gefallen lassen, aber gerade um die unvermeidlichen Kämpfe mit Erfolg durchzuführen zu können, ist es notwendig, dass die Kräfte der Gewerkschaften sich nicht in vielen zugloßen Kämpfen verstreuen, die vermieden werden könnten. Also, soweit nur irgendwie möglich, muss man während dieser schweren Zeit einen Streit zu umgehen, zurückzuhalten suchen; wird er aber aufgenommen, dann gilt es, ihn mit der ängstlichen Energie durchzuführen.

Im übrigen sollte die Zeit der Krise, die sich zu Kämpfen für Verbesserung der Verhältnisse nicht eignet, zum inneren Ausbau der Organisation und zur Vertiefung der Agitation verwendet werden. „Das ist sehr wichtig. Während des industriellen Aufschwungs wurden die Massen schnell gemessen; jetzt gilt es, sie in die Organisation fest einzufügen. Auch muss eine Organisation sich beiäftigen, wenn sie lebenskräftig erhalten werden soll.“ Im einzelnen werden folgende Aufgaben angeführt: Entwicklung der Werkstättenvertretung, Statistik über die Verhältnisse im Beruf, Aufklärung über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, über die gewerkschaftlichen

Kämpfe und über die Arbeiterschutzgesetzgebung. Letztere sollte besonders berücksichtigt werden. Es handelt sich dabei um das Verhältnis der Gewerkschaften zur Gesetzgebung. Die Gewerkschaften sind keine parteipolitischen Organisationen, sie stehen jedem ohne Unterschied der Parteirichtung offen, sie fragen bei Streits nicht nach dem politischen Glaubensbekenntnis — aber wer deshalb den Gewerkschaften den Rat gibt, sich darum, was im Parlament geschieht, nicht zu kümmern, der kennt weder das Wesen, noch die Geschichte der Gewerkschaften. Gesetze, wie Verbot der Kinderarbeit, Einschränkung der Frauenarbeit, Regelung des Arbeitstages, der Lohnformen, Bestimmungen über Unfallversicherung, wie auch die verschiedenen Arbeiterversicherungen greifen direkt in jene Verhältnisse ein, um die sich die Tätigkeit der Gewerkschaften bewegt. Da können diese nicht gleichgültig bleiben und sie haben denn auch noch stets und überall, wenn es sich um Arbeiterschutzgesetze handelt, dazu Stellung genommen. Aber auch andere Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung geben die Gewerkschaften sehr wohl an. Sie haben z. B. nicht minder ein Interesse an den Handelspolitik, als etwa die Handelskammern. Was nicht es den Gewerkschaften, dass sie mit der größten Mühe, unter vielen Entbehrungen sich Lohnreduktionen erkämpfen, wenn durch eine Steigerung der Lebensmittelzölle die ganze Lohnaufsichtierung mit einem Schlag zu Gunsten der Agrarier weggestohlen wird? Und selbst abgesehen von den einzelnen Gesetzen ist schon allein die Frage der Zusammensetzung des Parlaments den Gewerkschaften von Interesse. Der Beweis ist nicht weit zu suchen: gäbe es in deutschen Reichstags keine starke Sozialdemokratie, so wäre die Buchrauvorlage Gesetz geworden.

Zur Zeit des industriellen Aufschwungs haben die Gewerkschaften im freien Kampfe gegen das Unternehmertum Erfolge erzielen können; zur Zeit der Handelskrise hindert sie ihre wirtschaftliche Schwäche daran — umso mehr müssen sie jetzt daran streben, ihren politischen Einfluss geltend zu machen, um aus dem Wege der Gesetzgebung sich Vorteile zu verschaffen. Also, es genügt nicht, die Arbeiter über die bestehende Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuklären; vor allem müssen die Gewerkschaften da ihr Sorge tragen, dass auf das Parlament und die Regierung jener politische Druck ausgeübt wird, der nötig ist, um die Arbeiterchutzgesetzgebung weiter zu entwickeln und in diesem Sinne ihre Mannschaften in Aktion treten zu lassen.

So kann auch die Krise für die Arbeiter nutzbar gemacht werden.

Aus unserem Beruf.

— Ahlen (Westfalen). Wegen Lohnreduzierungen bei der Firma Sternholz u. Soutzsch ist der Zugang nach hier streng fernzuhalten.

— Coburg. Wir bitten den Zugang von Schuharbeitern strengstens fernzuhalten, da die Kollegen in eine Lohnbewegung einsteigen. Wir eruchen die Bevollmächtigten der umliegenden Bahnhöfe, die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

— Düsseldorf. Wir bitten den Zugang von Schuharbeitern fernzuhalten, da die Kollegen in Verbindung mit den Arbeitgebern leben.

— Kiel. Wir bitten den Zugang streng fernzuhalten.

— Ohlau. Die hierseien Kollegen bedenktigen, in einer Lohnbewegung einzusteigen. Zugang ist daher streng fernzuhalten.

— Ohlau. Die Kollegen werden erlaubt den Zugang bis auf weiteres fernzuhalten. Herr Kunze hat sich ausgelassen, er beläuft genug freunde Arbeiter und braucht deshalb die alten Arbeiter nicht einzutragen. Arbeitsempfahrende Blätter werden um Abzug gebeten. Alle Anträge sind an den Betriebsmann Theodor Müller, Düsseldorfer Str. 4 zu richten.

— Rostock. Es wurde hier beschlossen, am Sonnabend, den 12. April zu tunbigen. Zugang ist streng fernzuhalten.

— Straßburg i. C. Der Zugang von Schuharbeitern wird wegen Lohnbewegung strengstens gewahrt. Wir bitten die Bevollmächtigten der umliegenden Bahnhöfe, die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

— Winterthur. Wegen ausgebrochener Differenzen ist der Zugang von Fabrikarbeitern aller Art nach hier fernzuhalten. — Wilhelmsbaden. Da die Kollegen wegen Anerkennung eines neuen Tarifs in Unterhandlung geraten sind, ist der Zugang nach hier streng fernzuhalten.

— Burgen. Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten wegen der Differenzen in der Fabrik von Süder u. Sonn.

— Von dem Verbandssekretär des Schweizerischen Schuhmacherverbands, Kollegen Frisch erhalten vor die Tagung, das in St. Gallen zwischen den Söhnen und Unternehmern Differenzen ausgetragen sind und wird um Fernhaltung des Zuganges gebeten. Zugleich dankt Kollege Frisch namens der

Schweizer Kollegen für das brüderliche Telegramm der Münchener Generalversammlung.

Der "Schuhmarkt" glossiert in seiner Nr. 14 den inwischen gegenstandslos gewordenen Antrag auf Verlegung des "Fachblattes" nach Nürnberg. Er redet dabei von "Urdan" gegenüber dem Kollegen Bock und mögen daraus unsere Kollegen schließen, wie die Angelegenheit im gegenwärtigen Lager aufgesetzt worden ist. Auf verschiedenster andererlei Art haben wir nicht mehr ein, da die Sache nunmehr, wie gesagt, erlebt ist; nur müßten wir das verdächtige Kompliment des "Schuhmarkts", daß er und mit dem "besseren Ton" macht, entschieden ablehnen. Kollege Bock hat jetzt über es als seine Reaktionsschrift betrachtet seine Kollegen nach Möglichkeit aufzuladen und zu belehren und ihre Interessen in entschiedener aber anständiger Form zu vertreten; ein Schimpf-redentus war er nie.

Einige Worte. "Schuh und Leder" kommt in einem Artikel über die "sozialistische Ausbildung am Schuh" zu folgender Anwendung der Arbeit: "Unsere Ausführungen aber wollen wir schließen, indem wir dankbar aller deren gedachten, die gezeigt haben, daß die deutsche Schuh- und Lederei durch eine achtungswürdige Industrie ist, die niemand zu fürchten braucht, als Gott, und sonst nichts auf der Welt"; der großen Produktion, Energie und Haftkraft, die sich in dieser bedeutenden Branche verkörpern, aber auch der Tauglichkeit und Überzeugungsfähigkeit Hände und Hirne, die tagein, tagaus in den Fabriken unter Werkstätten ihren Platz, sonst nicht an die Öffentlichkeit treitende Arbeit verrichten! Denn nur der Österreichische kann verfehlern, auf welchen Höhe im allgemeinen die in den drei Hallen an der Hochstaatsstraße ausgestellten Erzeugnisse fröhlichen Gewerbescheins stanben. Hat ad vor der ehrlichen Arbeit!" — Ja, gut so! In der Wirklichkeit sieht sich die Welt anders an, da materialisiert man die Arbeiter, verzweigt man ihnen die Gleichberechtigung, verweigert man es, um ihnen auch nur zu verbauen. In Wirklichkeit schaut man auf sie dochmütig herab und betrachtet sie als Menschen zweiter Klasse. Und selbst die gutgemeinte Mäßigung und Anerkennung wird bei den wenigsten Fabrikanten eine Aenderung zum Besseren herbeiführen, diese müssen sich die Arbeiter selbst erkämpfen.

Noch einmal der Pirmasenser Kultbrief. Dem Herrn Diederitzer¹ hat der Schuh im Raden. Er kündigt unter Nr. 11 die beiden Röthen über diesen Kultbrief und die Haltung mehrerer Berliner Gewerbevereine gegenüber einem zufriedenstellenden Vortrag über die Arbeit nach und man hat dabei trotz der dazu gemachten trühen Erklärung den Eindruck, daß mit dem dort Gesagten der "Gedächtnis" einverstanden ist und durch die Wiedergabe den beiden Röthen seinen gewerbevorsitzenden Lesern einen Spiegel vorhalten will. Wir sind mit dieser Tat durchaus einverstanden.

Eine Gesellschaft für Stiefelzügen. Ein neues praktisches Unternehmen hat das Rev. Vorster Leben geprägt. Derselbe hat sich eine Gesellschaft zusammengesetzt, die ihre Kunsthand, welche aus altem Stiel holt, nicht bloß mit Wege, Göttin u. dergesten, sondern auch gleich dem Stiefelwirker dazu gibt. Die Gesellschaft holt sich eine große Anzahl junger Leute; dieselben werden auf Besetzung in die Häuser übertragen, um dadurch die Stiefelzüge und Stiefelwörchen für ganze Familien zu übernehmen. Die jungen Leute sind speziell für diesen Zweck ausgebildet und mit dem Reinigen, Waschen und eventuell auch kleinen Ausbesserungen der Schuhe vertraut. Die Jungen werden gegen Boni, wovon man sich eine bestimmte Anzahl lösen kann, abgegeben.

Kapitalistische Arbeiter-Unterstützungsfasse. Wir lesen in einem Fabrikantenblatte, daß in der Schuhfabrik von Boni in Erfurt seit 1886 eine "freiliegende Privat-Unterstützungsfasse" besteht, in die im Jahre 1901 die Arbeiter an Beiträgen 1651 Mt. leisteten, während sie Firma ein Drittel desselben noch hinzufügte, was 556 Mt. ausmachte. Die Gesamteinnehmungen betrugen 2818 Mt., die Ausgaben an Unterstützungen für 128 Mitglieder 1891 Mt. und der Fonds der Fasse 154 Mt. — Was soll alles für mehrwürdige Pfändungen im Babysorgen blühen! Was ist denn das für eine Kasse? Eine Arbeitskasse oder eine Unterstützungsfasse? Warum solche Errichtungen in der Fabrik unter der Bedrängnis des Fabrikanten, da doch der Verein deutscher Schuhmacher mit seinen Unterstützungsrichtlinien bestellt? Solche auf die Isolierung und Abhaltung der Arbeiter von der Organisation berechneten Errichtungen sollten von den Arbeitern abgelehnt werden. Siehe in den Verein deutscher Schuhmacher, wo das Band der Solidarität alle umschlingt uns fort mit der von Kapitalisten planmäßig betriebenen Sonderbande!

Die Wahrheit über die Arbeitskasse der Fabrikanten. Unsere Freier kennen das in den Kreisen der deutschen Schuhfabrikanten beliebte Schlagwort von den "böhmischen Arbeitsblößen". Diesen Humburg entnahm nun ganz rücksichtslos an den Reichstag gerichtete Petition der niedersächsischen Schuhfabrikanten und Pleitestellung hoher Schuhzölle, in deren Begründung es u. a. wie folgt heißt: „Das Hauptabsatzgebiet für dieselben bietet der rheinisch-westfälischen Industriebezirk, nun auch aber dort die Verkaufsspitze so gebracht, daß der Fabrikant trotz deutscher niedrigster Arbeitslöhne (Sachsenindustrie) nur einen ganz minimalen Zugewinn erzielte kann.“ Denkbare niedrigste Arbeitslöhne! Endlich ist einmal vom Fabrikantenkreise der Wahrheit die Ehre gegeben und müssen wir uns nicht mehr gegen die Schwindelsfassaden „hohen Arbeitslöhne“ wehren. Daraus ist die Situation gefährlich und verunsichert, unsre Agitation erleichtert und die Berechtigung unserer Bestrebungen nach Vorschriftenbildung anerkannt. Der Humburg von den „höchsten Arbeitslöhnen“ in den Schuhindustrie ist endlich überwunden.

Auszug aus dem Berichte des Vorstandes über die Geschäftsprperiode 1900/1901.

(Fortsetzung.)

Handhabung der Vereinssgesetze. An Versuchen der unteren Polizeiorgane, die Gewerkschaftsorganisationen zu diskreditieren, hat es ja noch nie geheißen. Auch in der letzten Geschäftsprperiode wurden Beobachtungen unserer Organisation mit Strafmaßnahmen belegt, weil unsere Organisation angeblich auf öffentliche und allgemeine Angelegenheiten einwirkt, daher der Anmeldepflicht der Mitglieder unterworfen sei. In Preußen scheint diese Ausführung eine allgemeine zu sein. In allen Fällen, mit Ausnahme in Hamburg, wo Rechts gegen das Strafmaßnahmen ergriffen wurde, wurden wir vernommen. Den Vogel in der Auslegungskunst der Vereinssgesetze abgeschossen zu haben, dieser Rubrik gebührt unfehlbar dem Bürgermeister der Stadt Bremen.

Auch als Verförderungsanstalt sollte der Verein deutscher Schuhmacher wieder einmal gespottet werden und dies traf der Karren-Behauptung unseres Staats, daß alle Unterstützungen, welche den Mitgliedern gewährt werden, freiliegend sind, daher ein flagantes Recht auf Gewährung von Unterstützung Niemanden zu seien. Das Schöffengericht in Bremen, sowie auf Berufung des Staatsanwalts des Landgerichts sprach den Kollegen Bock, Weißer als Leiter der Magdeburger Schuhfabrik angeklagt war, frei. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: „Es muß auf Freiheit sprechen entlassen werden, weil der Generalverein deutscher Schuhmacher keinen Mitgliedern, wie aus den Statuten des Vereins hervorgeht, ein Flagges Recht auf Unterstützung einzuräumen, Überwältigungsrecht und Hammgericht aber entschieden hätten, daß solche Gewerkschaften nicht als Verförderungsanstalten zu betrachten seien. Ferner erschien die Freisprechung geboten, weil das Reichsgesetz über die zulässigen Verherrigungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 im § 1, Abs. 2 bestimmt, daß Personenvereinigungen, die ihren Mitgliedern Unterstützungen gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen, keine Ver-

sicherungunternehmungen seien. Die sämtlichen Kosten beider Institutionen, einschließlich der Kosten des Betriebsgerichts, werden der Staatskasse aufgeladen.“

Unternehmens-Organisation. Der Verband der Schuh- und Schuhfabrikanten hat, trotz der wiederholten Verhinderung, gegen die Organisation der Arbeiter nichts zu haben, das Koalitionsrecht der Arbeiter auf seinen Fall anzuerkennen, im letzten Jahre bewiesen, daß er uns kein Heer besitzt als die anderen Unternehmer-Organisationen ist. Der Meisters, welcher in Berlin den Kollegen vorgelegt wurde, spricht eine zu deutliche Sprache über die wirkliche Absicht jener Herren. Daran ändert auch die nachträgliche Missbilligung des Vorsitzenden des Fabrikantenverbands, Herrn Manz, über das Vorgehen der Berliner Fabrikanten nichts. Von der Überzeugung aufgegeben, daß den fortwährenden Konflikten, welche zwischen Arbeitern und Unternehmen entstehen, am wirksamsten vorgebeugt werden kann, wenn eine Bank gegründet wird, auf welcher beide Teile durch amerikanische Vertreter über die entstandenen Differenzen mit einander verhandeln und sie ihre Aufrücker hinterste Schlüsse festsetzen können und auch den Verlusten der Magdeburger Generalversammlung entsprechend, hatte der Vorstand mit dem Vorsitzenden des Schuh- und Schuhfabrikantenverbands Unterhandlungen angedaut, über die wir seinerzeit eingehend im "Fachblatt" berichtet, die aber, wie bekannt, am dem abelnen Standpunkt der Unternehmer scheiterten.

Trotz dieser ablehnenden Haltung der Unternehmer haben wir in der Fourniturenfrage in der letzten Zeit recht erhebliche Fortschritte gemacht, so daß heute in einem großen Teil von Fabriken entweder die Fournituren frei geliefert werden, oder eine entsprechende Vergütung hierfür bezahlt wird. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo es uns gelingen ist, mit dem umgezeichneten aller Dringlichkeit aufzurufen.

Wir hoffen auch noch eine Verstärkung beabsichtigt habe Abschluß von Tarifverträgen herbeizuführen. Trotz des entstiegen ablehnenden Haltung, welche der letzte Verbandstag der Fabrikanten dieser Frage gegenüber eingenommen, mehren sich die Stimmen auch in den Kreisen der Unternehmer, welche die Barriere solcher Tarifverträge für das ganze Gewerbe einsehen. Jedenfalls ist die Haltung der Unternehmer und deren Organe gerade in dieser Frage charakteristisch. Keines wurde unsere Organisation als Streikverein bestimmt. Die führe waren die Herren, welche die Arbeiter in den Streik treiben; jetzt, nachdem die Generalversammlung des Vereins 3 deutlicher Schuhmacher beschlossen hat, durch Abschluß von Tarifverträgen eine Plattform zur Belebung der Streikvorwürfe, bezeichnete der "Schuhmarkt", das Organ der Fabrikanten, dies als sozialistischen Tief. Dies kennzeichnet nur genüge die Kampfsweise unserer Geister.

Die internationale Beziehungen wurden auch im abgelaufenen Geschäftsjahr aufrecht erhalten. Der Vorstand bemühte unter dänischen und österreichischen Brüderorganisationen auf Entsendung eines Delegierten zu ihren Verbandstagungen infolge Überprüfung an Arbeitern nicht nachkommen, obwohl wir von der Notwendigkeit, neben dem österreichischen, auch den militärischen Meinungsaustausch zu pflegen, überzeugt sind. Hoffentlich wird es auch hier möglich sein, das Vermögen nachzuholen. Im Gegenseitigkeitsverhältnis in Bezug auf Gewährung von Reiseunterstützung liegen wir mit Dänemark, Österreich und der Schweiz. Mit England wurde vertraglich aufzuklären, jedoch blieb ein Schreiben an den Vorstand der englischen Organisation unbeantwortet. Der gegenwärtige Reiseunterstützungsaustausch läßt sich folgendermaßen: Wir hatten zu zahlen an den dänischen Verband 31,63 Mt. an den österreichischen Verband 250,25 Mt. an den schwedischen Verband 157,73 Mt. zusammen 439,60 Mt. Wir erhielten vom dänischen Verband 212,18 Mt., vom österreichischen Verband 205,61 Mt. und vom schwedischen Verband 188,54 Mt. zusammen 606,83 Mt. Das letzte Halbjahr 1901 war bei Feststellung des Vertrages noch nicht abgerechnet.

Die Forderung auf ganz oder teilweise Besoldung von Bezirksbeamten wurde von mehreren Orten heftig bejubelt. Der Vorstand konnte nicht immer den gedachten Wünschen entsprechen, er mußte genau präzisen und konnte nur von Fall zu Fall entscheiden. Meistens die Bezirke mußten mit ihren Anträgen an die Generalversammlung verweisen werden. Die Generalversammlung wußte diese Frage eingehend zu prüfen und schieden haben, in welcher Weise die O. holder für die Bezirksbeamten. Bezirksbeamten aufzutreiben sind. Angestellt wurden bewohnter aus der Hauptstadt Bevölkerung reich. Zuletzt: Kollege Weiß, als Bezirksbeamter für Weißensel, Kollege Jahr, als Bezirksbeamter für Großheringen (ist aufgehoben), Kollege Sabedt als Bezirksbeamter für Dresden. Letztere Anstellung machte sich durch die in dem letzten Jahre sich entwidenden Streitigkeiten notwendig. Die Dresdener Kollegen waren in zwei ziemlich gleich starke Lager gehalten, auf der einen Seite stand der Bereichsbeamter Höhler, auf der anderen Seite Ullmer. Obwohl letzter aus dem Verein ausgeschlossen wurde, nahmen die Streitigkeiten ihren Gang und verhinderten füreinander, daß so fast alle Versammlungen der politischen Bildung verfehlten. Alle Versuche, welche der Vorstand zur Schilderung des Streites unternahm, schlugen fehl, es blieb nur das eine, die Anstellung eines Bereichsbeamten, welcher der ganzen Streitfrage fern stand, in die Wege zu leiten. Nach mehreren Verhandlungen mit verschiedenen Kollegen, seit dieser Zeit ist es so weit wie hergestellt, daß sich die Mitgliedschaft ausdehnen kann. Durch die Streitigkeiten war ein Mitgliedsverlust von rund 200 zu verzeichnen.

Gemäß des Beschlusses der Magdeburger Generalversammlung fand im September 1900 die Urabstimmung über die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung statt; das Resultat desselben wurde in Nr. 40 vom 30. September 1900 des "Fachblattes" veröffentlicht. Abstimmungsergebnis wurden aus 1088 Stimmen eingestellt. Im Ganzen beteiligten sich 10 986 oder 57% Prozent der Mitglieder an der Abstimmung. Das Resultat war folgendes: 4780 stimmten mit ja, 6018 mit nein und 183 Stimmen waren ungültig. Von den abgegebenen gültigen Stimmen waren demnach 44,1% ja und 55,9% nein gegen die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Wenn auf der letzten Generalversammlung von einem Teil der Delegierten darauf hingewiesen wurde, daß die Schuharbeiter von der Arbeitslosenunterstützung nichts wissen wollten, so hat die Urabstimmung gerade das Gegenteil bewiesen. Die Schuharbeiter, selbst in den Gegenen der meistreichen Arbeitslöcher, wie Schlesien z. B., haben sich mit wenigen Ausnahmen für die Erhöhung der Beiträge und Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen.

(Schluß folgt.)

Leben und Arbeitsverhältnisse in Posen.

Die Verhältnisse sind hier äußerst traurig, die Schuharbeiter müssen für einen Lohn von 12 bis 13 Mt. 13 und 14 Stunden arbeiten, mitunter aber auch noch länger. Ganz besonders thut sich die Firma Gebr. C. & H. her, die w. s. schon einmal in diesem Blatte hervorheben. Die Gebrüder arbeiten dort von 7 Uhr früh bis spätestens 7 Uhr, nehmen aber noch Arbeit mit nach Hause, an der sie nicht seien bis 12 Uhr nachts sein. Interessant ist wohl auch, daß die Firma ganze 30 Mt. für das Auszugslohn eine Paarung Stiefel zahlt. Sehr erstaunlich die höchsten Kollegen noch von dem Standpunkte auszugeben, daß je länger die Arbeitszeit desto höher der Lohn sei, sie werden aber wohl doch noch einsehen lernen, daß sie damit auf falschem Wege sind. In der Zeit ist es nun für die Kollegen, daß sie endlich einsehen lernen, wo sie hingehören.

Zur öffentlichen Beratung am 23. März, in der Kollegie Stow, rückt einen interessanten Vortrag hielt, waren 50 Männer erschienen. Wenn man bedenkt, daß hier 700 Gebrüder beschäftigt werden, so ist das ein geringer Quotient. Wie kann es auch anders sein, wenn man weiß, in welchen Verhältnissen die Leute leben. Hier ist es die Pflicht aller ausgelöster Kollegen, ihrerseits einzutreten und für Aufklärung zu sorgen, geschicht dies nicht, so gehen wir einer ganz traurigen Zukunft entgegen.

Kassenbericht des Vorstandes an die Generalversammlung

vom 1. Januar bis 1. April 1902.

A. Einnahmen der Hauptkasse.	
Kassenbestand am 1. Januar 1901	86 350,76 Mt.
Beiträge der Schuhfabriken	6 512,67 "
einzelner Mitglieder	151,88 "
	93 015,31 Mt.
B. Einnahmen der Krankenkasse.	
Kassenbestand am 1. Januar	8 089,29 Mt.
Beiträge	2,40 "
	8 091,69 "
C. Einnahmen der Arbeitslosenunterstützungskasse.	
Kassenbestand am 1. Januar	—
D. Einnahmen des Unterstützungsfonds.	
Kassenbestand am 1. Januar	863,49 Mt.
Beiträge der Schuhfabriken	280,95 "
	653,44 "
	Summa 10 531,12 Mt.
A. Ausgaben der Hauptkasse.	
Per Ausgaben vom 1. Januar bis 1. April 1902	2 785,25 Mt.
B. Ausgaben der Krankenkasse.	
Per Ausgaben vom 1. Januar bis 1. April 1902	50,—
C. Ausgaben der Arbeitslosenunterstützungskasse.	
Per Ausgaben vom 1. Januar bis 1. April 1902	—
D. Ausgaben des Unterstützungsfonds.	
Per Ausgaben vom 1. Januar bis 1. April 1902	876,15 "
	Summa 8 711,40 Mt.

Rechnungsbuch

Gesamt-Einnahmen	105 861,12 Mt.
Gesamt-Ausgaben	8 711,40 "
Kassenbestand am 1. April 1902	101 649,72 Mt.
Bemerkung	
An der Königlichen Bank	96 535,— Mt.
Bestand der Hauptkasse	5 114,72 "
	Summa 101 649,72 Mt.

Außer dieser Abrechnung wurde noch folgende, sicher interessante Statistik von dem Vorstand an die Delegierten der Generalversammlung verteilt:

In den Geschäftsjahren 1900/01 wurden per Mitglied und Jahr 41 Beiträge, gleich 8,20 Mt. bezahlt. Von diesen Beitragsträgern beteiligte das Mitglied zu folgenden Ausgaben pro Jahr:

Städliche Verwaltungsausgaben	—47 Mt. = 5,6 %
(Schüler)	—35 " = 4,4 "
Vorwo. Generalausschiff, auswärtige Wohnbewegungen, Ruh.	—26 " = 8,6 "
Wohlfahrtsfunktion nach § 2, Abs. 2, f. g. u. h. sowie § 9, Abs. 2	—65 " = 7,9 "
bis 7 des Statut	—102 " = 12,4 "
Reisegebit	—07 " = 0,7 "
Ortsaufgaben in den Schuhfabriken	—160 " = 19,5 "
Agitationsskommissionen	—21 " = 2,6 "
Agitation	—16 " = 1,9 "
den Unterstützungsfonds	—2,73 " = 33,1 "
deutsch. Kapital und Raffen	—68 " = 8,8 "
	Summa 8,20 Mt. = 100 %

Bericht der Agitations-Kommission der Schuhmacher Südbayerns

vom 1. Januar 1901 bis 1. April 1902.

Bewegung in Leben — Stillstand in Tod. Mit diesen Worten, deren Sinn die Liebhaber eines Leben föderieren der Arbeiterschaftsform ihrer Tätigkeit ein. Ihre erste Arbeit bestand darin, in allen Fabriken Fourniturenwechsler sowie der unregelmäßigen Arbeitsschicht Stellung zu nehmen. Es wurden deshalb überall Fünftäler verteilt, welche in ihren Wörtern die Kollegen über genauer Maßstäbe aufzuladen, sie aufzurichten der Organisation beizutreten und sie zur darauf folgenden Verhandlung einzuladen. Es haben nun neun solche Fabrikverhandlungen stattgefunden, in denen von circa 400 beschäftigten Kollegen und Kolleginnen 160 erschienen. Liberal sprach man sich einstimmig für Abschaffung genannter Missstände aus, aber die leider sich auch in München bemerkbar machende Krise hinderte uns, die einmal gelegten Verhältnisse zur Ausführung zu bringen. Aber nicht nur die Zeit allein war es, sondern auch die Verhangene und Interessengesetz unter Kollegen trug einen großen Teil Schuld daran, daß wir nicht aufzutreten konnten, was wir uns zum Ende geahnt hatten. Dann so lange es noch möglich ist, daß in einer Fabrik 60 bis 80 Kollegen und Kolleginnen unter nichts weniger als rosigem Verhältnissen trocken, die Organisation aber nicht in der Lage ist hier einzutreten und einmal festen Fuß zu setzen, da schaut es doch noch kaum aus unter den Kollegen.

Trotz eisiger Agitation war es uns nicht möglich, die Mitglieder der Filiale II in die Höhe zu bringen, sondern wir waren gerade zu ihm, den alten Stand zu erhalten. Vergleicht man die Zahl der hier in München beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in den Fabriken mit der Zahl der organisierten, so sieht man auf den ersten Blick, daß es für die organisierten Kollegen noch viel zu tun gibt.

Differenzen sind in den Münchener Schuhfabriken öfter ausgetragen, welche teilweise durch die betreffenden Kollegen selbst, in den übrigen Fällen durch die Kommission auf gänzlichem Wege beigelegt wurden.

Auch in Baling und Augsburg haben wir es nicht an der Agitation unter den Fabrikarbeitern fehlen lassen. In dem ersten Okt. ist wohl unsere Mitgliedszahl zurückgegangen, dies kommt aber daher, daß die durch ihre Wohnfamilie so zumindest bekannt gewordene Schuhfabrik von Albert Regenbogen so aufzulösen und auf diese Weise 20 bis 25 Kollegen abreisen müssen. Aber auch in der noch bestehenden Fabrik von Gebrüder Gebr. am Markt, anfangs Verhandlung u. s. w. zu berichten und war deshalb die Kommission geworfen, auch hier einzutreten, um dem Fabrikanten begreiflich zu machen, daß unser Kollegen nicht immer Willens sind, die Launen eines Arbeitgebers sich gefallen zu lassen. Die Kollegen aber möchten wir an dieser Stelle erläutern, falls sie einmal Lust bekommen, dieses Eldorado von innen anzusehen, sich erst an den Ausschluß der Filiale Baling zu wenden.

